



## **Krisen und gesellschaftliche Dysfunktion begünstigen Radikalisierung – wie weit darf diese gehen und wie soll die Politik diesem Phänomen begegnen?**

Die Coronapandemie, ein Krieg in Europa, steigende Energiekosten, eine Inflation auf Rekordhöhe, Angst vor einer Rezession, wachsende Armut, Migrationsbewegungen und über allem wie ein Damoklesschwert schwebend, der Klimawandel mit seinen bedrohlichen Auswirkungen. Das sind die Herausforderungen und vielfältigen Krisen, mit denen wir in Europa und global konfrontiert sind.

Einzelne Krisen, wie z.B. jüngst die Coronakrise oder die Energiekrise haben sich zu einer gesamtgesellschaftlichen Krise entwickelt, weil sie praktisch alle Lebensbereiche tangieren. Kommen Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen, Marginalisierung, die Angst vor wirtschaftlichem und sozialem Abstieg, Armutsbetroffenheit oder die Angst vor dem unumkehrbaren Klimakollaps dazu, kann dies bei den Betroffenen Gefühle von Frustration, Ohnmacht und Hilflosigkeit verursachen. Wenn keine Perspektiven bezüglich einer Verbesserung der Situation sichtbar sind, wenn sich die Betroffenen nicht gehört, nicht wahrgenommen, im Stich gelassen fühlen durch Politik und Gesellschaft, kann dies in Aggression, z.B. Wut, ausgedrückt durch Protestkundgebungen, Aufmärsche und Streiks umschlagen. Es kann aber auch zu Abgrenzungen und zum Rückzug aus der Gesellschaft führen, bis hin zum Nationalen und Feindseligen. Beide Wege können ein Einfallstor für Radikalisierungstendenzen sein.

Wir sprechen von Radikalisierung, wenn Einzelpersonen oder Gruppen die Legitimation einer gültigen Ordnung - diese kann politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich oder religiös ausgerichtet sein - zunehmend in Frage stellen und / oder bereit sind, die institutionellen Strukturen dieser Ordnung zu bekämpfen. Radikalisierung *in die Gewalt* findet dann statt, wenn ein Individuum oder ein Kollektiv zur Durchsetzung seiner politischen Ziele und Ideen seine Mittel ausweitet und nicht mehr nur gewaltfrei agiert und argumentiert, sondern auch Gewalt anwendet oder zumindest die Bereitschaft zur Anwendung verkündet und so von legalen Mitteln abweicht. Gewalt wird hier nicht aus Gründen der Notwehr eingesetzt, sondern als politisches Instrument erachtet, um einer wahrgenommenen Ungerechtigkeit entgegenzutreten. <sup>1</sup>

Die aktuellen und andauernden Krisen sind eine enorme Belastung für die Einzelnen und die Gesellschaft. Zudem haben Populisten leichtes Spiel, weil sie einfache Lösungen und den Erhalt des Status Quo versprechen, was zu einer echten Gefahr für die Demokratie werden kann. Das gesellschaftliche Zusammenleben wird zu einer Zerreissprobe und führt in weiten Teilen zu Spaltungen.

Diese Verwerfungen treten vielfältig in Erscheinung:

- Angesichts der drohenden Energiekrise spricht man in den umliegenden Staaten von einem bevorstehenden «Wut-Winter». Akteure in Deutschland, wie die rechtsextremen Freien Sachsen und die Identitäre Bewegung heizen in sozialen Netzwerken bereits die Stimmung an. Auch die Linke will die Bürger\*innen zu Demonstrationen gegen die geplanten Massnahmen, die

als «Rutschbahnen in die Existenzkrise» bezeichnet werden, mobilisieren. Viele Menschen in Frankreich, Grossbritannien, Italien und weiteren europäischen Staaten kämpfen mit wachsenden Lebenshaltungskosten, auch verursacht durch massive Strompreiserhöhungen. Es gibt Unruhen und Massenproteste, es wird mittlerweile zum Zahlungsboykott der Strom- und Gasrechnungen aufgerufen.

- Der Klimanotstand mobilisiert Klimaaktivist\*innen, z.B. der Bewegungen von «Fridays for Future» oder «Aufstand Letzte Generation», die Streiks veranstalten und Widerstand ausüben, sich dabei an Bäume ketten, an Kunstwerke oder an den Strassenbelag kleben oder Schiffe entern. Sie begründen dies damit, dass sie sich zwischen Irrelevanz und Militanz entscheiden müssen.
- In der Coronapandemie, als Gegner\*innen staatlich angeordneter Massnahmen öffentliche Protestkundgebungen veranstaltet haben und dabei unter anderem auch zur gesetzlichen Ungehorsamkeit aufgerufen haben. Laut Zeitungsberichten haben sich während der Coronapandemie zudem neue Allianzen gebildet, so z.B. von esoterischen Sekten mit rechtsradikalen Gruppierungen. Im Kanton St. Gallen wurde gerade eine Privatschule von einer esoterischen Gruppierung eröffnet, welche einer rechtsextremen Gruppierung nahesteht.<sup>2</sup>

Es ist ein Recht und eine Pflicht aller Bürger\*innen, sich demokratisch zu beteiligen und alle sollen sich in einer Gesellschaft willkommen und respektiert fühlen. Dazu gehört, sich einzubringen, auch laut zu werden, wenn einem Teile der geltenden Ordnung missfallen. Dies birgt neben der Chance auf gesellschaftlichen Fortschritt jedoch auch weiteres Konfliktpotenzial.

Die Freie Liste möchte in dieser aktuellen Stunde deshalb folgenden Fragen nachgehen:

1. Wie weit darf Aktivismus / Radikalisierung gehen? Ab welchem Punkt soll/muss von staatlicher Seite reagiert werden? Wer entscheidet, ob eine Sachbeschädigung in politischer Mission als gerechtfertigt gilt oder nicht?
2. Was kann die Politik unternehmen, um aktiv und präventiv gegen Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft vorzugehen? Welche Massnahmen sind dafür erforderlich? Was muss sich verändern?
3. Sozioökonomische Polarisierung gefährdet den sozialen Frieden, die öffentliche Sicherheit und die Demokratie. In Liechtenstein sind noch nicht derart massive soziale Verwerfungen sichtbar wie teils in umliegenden Ländern. Welche Massnahmen kann hierzulande die Politik ergreifen, damit sich die Kluft zwischen Arm und Reich nicht weiter vergrössert?

<sup>1</sup> PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT / LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG / hsfk.de / 5 / 2018

<sup>2</sup> <https://woz.ch/2235/privatschulen/privatschulen-reicht-die-kontrolle/%21SoKnKYoGBDD>